

29/05/2017 |

Basel (-Landschaft)

Seit der Trennung des Kt. **Basel** in die beiden Halbkt. **Basel-Stadt** und Basel-Landschaft 1833 Halbkanton der Eidgenossenschaft. Der amtl. Name lautet seit der Verfassung vom 27.4.1832 "Kanton Basel-Landschaft", franz. Bâle-Campagne, ital. Basilea-Campagna, rätorom. Basilea-Champagna. Amtssprache ist Deutsch, Hauptort Liestal.

Fläche (1994)	517,5 km²	
Wald / bestockte Fläche	216,3 km ²	41,8%
Landwirtschaftliche Nutzfläche	213,9 km ²	41,3%
Siedlungsfläche	84,3 km ²	16,3%
Unproduktive Fläche	3,1 km ²	0,6%

Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur (ab 1995 inkl. Bezirk Laufen)

Jahr	1850	1900	1950	1990 ^a
Einwohner	47'885	68'497	107'549	233'488
Anteil an der Gesamtbevölkerung der Schweiz	2,0%	2,1%	2,3%	3,4%
Sprache	Deutsch	66'402	102'301	200'927
	Französisch	607	2'124	4'024
	Italienisch	1'450	2'645	10'721
	Rätoromanisch	6	146	325
	Andere		32	333
Konfession	Protestantisch	38'818	52'763	78'786
	Katholisch (bis 1900 inkl. Christkatholisch)	9'052	15'564	26'741
	christkatholisch		1'115	988
	Israelitisch	15	130	148
	Andere und konfessionslos	0	40	759
	<i>davon konfessionslos</i>			22'973
Nationalität	Schweizer	46'103	61'001	100'923
	Ausländer	1'782	7'496	6'626

Jahr		1905	1939	1965	1995
Beschäftigte im Kt.	1. Sektor	14'101	16'022	4'229	4'758 ^b
	2. Sektor	16'536	18'654	45'400	44'624
	3. Sektor	4'167	6'833	18'469	65'556
Jahr		1965	1975	1985	1995
Anteil am schweiz. Volkseinkommen		2,9%	3,6%	3,5%	3,7%

^a Einwohner 2000 259'374; erst Gesamtzahlen verfügbar

^b gemäss landwirtschaftl. Betriebszählung 1996

Quellen: BFS, BLW und HistStat

1 - Der Staat

1.1 - Verfassungs- und politische Geschichte

Nach der Totaltrennung durch den Tagsatzungsbeschluss vom 26.8.1833 konzentrierte sich die Politik im neuen Kt. B.-Landschaft zunächst auf die Verteilung von Macht und Kompetenzen auf der Basis der Verfassung vom 27.4.1832. Bald bildeten sich die beiden Gruppierungen, die bis zum Beginn des 20. Jh. die parlamentar. Auseinandersetzungen bestimmten, die vorerst dominierende "Ordnungspartei" und die "Bewegungspartei". Geführt wurden sie um die Jahrhundertmitte durch Stephan Gutzwiller, Verfechter einer starken Regierung, bzw. Emil Remigius Frey, der sich für eine weiter gehende Demokratisierung einsetzte. Bis in die 1860er Jahre gelang es nur der Bewegungspartei, ihre Anhänger vorübergehend in Vereinen zu organisieren (Patriot. Verein 1833-35, Nationalverein 1835-36, Volksverein 1846-47, Patriot. Verein Helvetia 1858-60). Das Volk war schon früher, v.a. während den Trennungswirren, durch Widerstand gegen die Obrigkeit aufgefallen. Dieses polit. Verhalten setzte sich fort, das alte Misstrauen wurde auf die neue Staatsgewalt übertragen. Tradierte kommunale Bindungen spielten bis ins 20. Jh. eine grosse Rolle und hemmten den Aufbau einer kant. Infrastruktur. Die Gem. waren häufig konstitutives Element oppositioneller Volksbewegungen. So wehrten sich in den 1830er Jahren Muttentz (1833), Waldenburg (1834) und Oberwil (1834-35) gegen Anordnungen des Kt. zur Pfarrwahl. Im sog. Gemeindegogeliputsch von Gelterkinden (1840) rief ein "Komitee der Vaterlandsfreunde" die Gem. auf, Ausschüsse zu wählen, um den als zu progressiv und zu verschwenderisch empfundenen kant. Behörden Widerstand zu leisten. Daraufhin setzte die Regierung Truppen ein. Auf eidg. Ebene gehörte B.-Landschaft zu den radikalsten Kt. An den Freischarenzügen (1844-45) und am Kampf gegen den Sonderbund (1847) beteiligten sich Baselbieter Gemeindegogeliputsch.

Erst die zweite und die dritte Verfassung beseitigten 1838 bzw. 1850 die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Behörden. Die Verfassung von 1850 schränkte die Gemeindeautonomie ein und löste in der Regierung das Kollegial- durch das Direktorialsystem ab. Da sie den Volkswünschen kaum Rechnung trug, machte sich ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber Regierungsentscheiden breit. Das rücksichtslose Vorgehen der Schweiz. Centralbahn bei Landkäufen und Enteignungen (1853) unter dem Schutz der Regierung verstärkte die Unzufriedenheit. 1854 verlor die Ordnungspartei erstmals seit 1838 die Mehrheit im Regierungs- und im Landrat. Allerdings musste das nachfolgende "Knorzregiment", das sich auf eine heterogene Basis ohne kant. Programm stützte, schon 1857 wieder abtreten.

Die schroffe Ablehnung der Stadtbasler Wiedervereinigungs-offerte durch den Landrat ("Niemalsbeschluss" 1861) stiess in weiten Kreisen auf Unverständnis. Die latente Unzufriedenheit brachte dem Verfassungsrevisions-Programm von Christoph Rolle Unterstützung (1861) und liess mit dem Revisionsverein erstmals eine straff organisierte Partei entstehen. Der Erfolg der sog. "Revi" mit der Parole "mehr Freiheit, wohlfeilere Gerechtigkeit und grössere Sparsamkeit" zwang die Anhänger der Ordnungspartei, die sog. "Anti", sich 1862 im Patriot. Verein zu organisieren. Rolle brachte seine Verfassungsrevision im zweiten Anlauf 1863 durch. Diese vierte Verfassung gab dem Volk gegenüber der Regierung und dem Landrat Kontrollmöglichkeiten wie in keinem andern Kt. und markierte damit den ersten grossen Durchbruch der

Demokrat. Bewegung in der Schweiz. Zwar gewannen die "Revi" auch die Landrats- und Regierungswahlen, wirkten aber mangels kant. Programm wenig erfolgreich und mussten schon 1866 die Mehrheit wieder an die "Anti" abgeben. Die Errungenschaften der demokrat. Bewegung aber, die Volksrechte, blieben im Wesentlichen bis heute bestehen. Ende der 1860er Jahre weichten sich die Fronten auf, und 1873 vereinigten sich die Anhänger der Ordnungs- und der Bewegungspartei im Schweiz. Volksverein. Dieser vereinte den Freisinn in seiner ganzen Breite, löste sich aber bereits Ende der 1870er Jahre wieder auf.

Durch die revidierte Bundesverfassung von 1874 wurden die gesetzl. Ehebeschränkungen, in einer kant. Abstimmung 1879 die "Geschlechtsvormundschaft" für ledige, geschiedene und verwitwete Frauen in B.-Landschaft abgeschafft. Die Verfassungsrevision von 1887-92 sollte v.a. die seit der Kantonsgründung hängige Steuerfrage klären, wurden doch zuvor alle unbefristeten Steuergesetze verworfen. Die Mittel aus der Vermögensteilung bei der Kantonstrennung, die Haupteinnahmen aus dem Salzregal, versch. Patentgebühren und gelegentlich befristete Steuern reichten aber nicht mehr aus. Die fünfte Verfassung bot die Grundlage für die Erhebung einer provisor. Staatssteuer, Bestimmungen zur Hebung der Wohlfahrt sowie das obligator. Finanzreferendum und die Volkswahl des Ständerats. Ein ordentl. Steuergesetz erhielt B.-Landschaft als letzter Kt. erst 1928, nachdem die notwendigsten Einnahmen 1919, 1923 und 1926 erneut mit Sondergesetzen erhoben worden waren.

Im letzten Viertel des 19. Jh. entstanden erste Vereine, die sich längerfristig um polit. Belange kümmerten. In den 1870er Jahren bildeten sich im Kulturkampf kath. Vereine (auf kant. Ebene Zentralkomitee der birseckischen Katholiken), in den 1880er Jahren Grütlivereine (ein kurzlebiger Arbeiterverein als Sektion der Internat. Arbeiter-Assoziation wurde bereits 1867 gegr.). 1892 wurde unter Führung von Stephan Gschwind der Bauern- und Arbeiterbund ins Leben gerufen, der Arbeiter und verschuldete Bauern vertreten, eine Hypothekarreform erkämpfen und eine genossenschaftl. orientierte Konsumentenpolitik erreichen wollte (als Bewegung bis 1898, als Organisation und Zeitung bis 1915). Nach der Verfassungsrevision von 1892 wurde die Regierung zunehmend konservativer und geriet in Konflikt mit dem reformfreudigeren Landrat, wobei die [Basellandschaftliche Zeitung](#) die Regierungspartei (Ordnungspartei), der "Landschäftler" die Landratspartei (Bewegungspartei) vertrat. 1905 gründeten Anhänger der Landratspartei die Jungfreisinnige Partei, 1908 Freisinnige Volkspartei genannt. Im Landrat schloss sich diese mit Vertretern der Katholiken und Arbeiter zur Demokrat. Fortschrittsfraktion zusammen, was die Regierungspartei 1910 ebenfalls zur Organisierung in der Demokrat.-volkswirtschaftl. Vereinigung zwang. Damit beföhden sich zwei freisinnige Parteien, von denen die eine die Regierung, die andere die Parlamentsmehrheit stellte. Der Verband Basellandschaftl. Grütl- & Arbeitervereine, der sich vom Bildungs- zum polit. Verein entwickelte, nannte sich ab 1913 Sozialdemokrat. Partei (SP). Ein 1916 abgespaltener neuer Grütlverein erreichte nach dem Landesstreik eine kurze Blüte und wurde 1925 wieder aufgelöst. Ebenfalls 1913 entstand die Kath. Volkspartei, die sich nach mehreren Namenswechseln seit 1970 Christlichdemokrat. Volkspartei (CVP) nennt. 1919 schlossen sich die zuvor gegnerischen freisinnigen Parteien unter dem Eindruck des Landesstreiks, der v.a. in den industrialisierten Gem. stark befolgt wurde, und des sich ankündigenden Proporz in der Demokrat. Fortschrittspartei, ab 1927 Freisinnig-Demokrat. Partei (FDP), zusammen. Die erstmals im Proporzsystem durchgeführten Landratswahlen von 1920 ergaben massive Gewinne der SP (+24) und Verluste des Freisinns (-21).

In der Zwischenkriegszeit und in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg trat eine Vielzahl loser Parteigruppierungen auf. Sie vertraten entweder Bauern oder mittelständ. Bevölkerungsgruppen, die sich weder von der FDP noch von der SP vertreten fühlten: die Evang. Volkspartei (ab 1921), die Vereinigung freisinniger Bürger Liestal, Freisinnige Partei (1923-29), die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (Unterbaselbiet, 1925), die Oberbaselbieter Bauernpartei (1925-39), die Bauernliste (1925-35), die Schuldner-, Pächter- und Mieterliste, Aktionskomitee für Brechung der Zinsknechtschaft (Unterbaselbiet, 1925-39), die Bürger-, Bauern- und Gewerbepartei (Unterbaselbiet, 1932-45), der Bund für wirtschaftl. Aufbau (Schweizer Freiwirtschaftsbund, EVP, Bauernpartei des Bez. Waldenburg, Jungbauern, 1935-44), der Landesring der Unabhängigen (ab 1937), die Freie demokrat. Vereinigung (1938-44), die Baselbieter Bauernpartei (1938-53), Mittelgruppen (1944-45), die Demokrat. Partei (1945-50) und die Freien Demokraten, Freie polit. Vereinigung (1950-59). Die Kommunist. Partei Baselland (1921-40) spaltete sich von der Sozialdemokratie ab; 1944

bildete sich aus Linksozialisten, Kommunisten und zuvor Parteilosen die Partei der Arbeit (bis 1989 aktiv).

In der krisenhaften Zeit zwischen den beiden Weltkriegen baute der Kt. B.-Landschaft seine Leistungen massiv aus: Er verbesserte die Sozialgesetzgebung (kant. Einigungsamt 1918, Heimarbeitergesetz 1922, obligator. Arbeitslosenversicherung 1930), intervenierte mit Stützungsmaßnahmen (Notstandsarbeiten im Hoch- und Tiefbau, Stellenvermittlung, Umschulungskurse für Posamentier/-innen) und griff wie kaum ein anderer Kt. Not leidenden Gem. unter die Arme (Gemeindehilfegesetz 1932, finanziert mit dem "Krisenopfer"). Die Wirtschaftskrise war Anstoss für eine machtvolle Wiedervereinigungsbewegung mit B.-Stadt, die bis in die 1960er Jahre das ablehnende Ober- und das befürwortende Unterbaselbiet polarisierte und das polit. Leben beherrschte.

Nach 1960 wurde die Infrastruktur derart verbessert, dass die Wiedervereinigungsidee ihren Schwung verlor: Es wurden Gymnasien, Spitäler und Strassen (Bau der A2, Planung der T18) gebaut oder in Angriff genommen, die Sozialgesetzgebung (u.a. 1973 Gesundheitsgesetz) nochmals ausgebaut und gemeinsam mit dem Kt. B.-Stadt neue regionale Aufgaben (z.B. Rheinhäfen, Trinkwasserversorgung, Lufthygieneamt, Tarifverbund, Lastenausgleich) angepackt. Die Regierung begann systemat. zu planen und legte u.a. das "Leitbild Baselland" (1968) vor, stellte einen Finanzplan auf, erarbeitete einen Strassennetzplan, ein Energieleitbild, ein Konzept für den öffentl. Verkehr und auch ein Alterspflege-Leitbild.

Nach ablehnenden Entscheiden 1926 (Schul-, Kirchen- und Armensachen), 1946, 1955 (kant. Ebene) und 1959 (eidg. Abstimmung) sowie nach den Kt. Genf, Waadt, Neuenburg und B.-Stadt nahmen die Baselbieter Stimmberechtigten 1967/68 (Verfassung/Gesetz) das Frauenstimmrecht an.

Wachsende Infrastrukturkosten, v.a. im Bildungs- und Gesundheitsbereich, und ein Steuerabbau führten von 1965 an zu Defiziten im Staatshaushalt. Nach drei verworfenen Zuschlagssteuergesetzen (1966, 1968, 1972) fand eine sozialdemokrat. Reichtumssteuer-Initiative, die höhere Einkommen mit massiven Zuschlägen belegte, 1972 die Zustimmung des Volkes. In der Folge einigten sich die Parteien auf ein neues Steuergesetz, das die Reichtumssteuer 1974 ablöste. Nachdem die Verfassung seit 1892 in über zwei Dutzend Abstimmungen abgeändert worden war, wurde 1978 eine Totalrevision in Angriff genommen. Die sechste Verfassung, 1984 beschlossen und seit 1987 in Kraft, erweiterte mit dem Planungsreferendum, der Einheitsinitiative und der Einführung eines Ombudsmanns die Volksrechte.

Von den 1970er Jahren an setzte sich die Bevölkerung mehrmals gegen staatl. und wirtschaftl. Interessen zur Wehr. 1975 besetzten Gegner des geplanten Atomkraftwerks im aarg. Kaiseraugst das Baugelände und verhinderten damit diesen Bau unmittelbar an der Grenze zum Kt. B.-Landschaft. 1978 verpflichtete eine Initiative die Behörden, Atomanlagen in der Region zu verhindern. 1980 stimmte das Baselbieter Volk dem ersten kant. Energiegesetz der Schweiz zu. Aufgrund von Volksinitiativen wurde im selben Jahr das Wirtschaftsförderungsgesetz eingeführt. Die Reaktion der Bevölkerung auf die Brandkatastrophe von Schweizerhalle (1986) war mitverantwortl. für die Schaffung eines Sicherheitsinspektorats und einer Stelle für Katastrophenvorsorge. 1981 trat der "Regionalplan Landschaft" in Kraft, der die Gem. verpflichtet, Landschaftspläne zu erstellen.

Durch die Gründung des Kt. Jura wurde das Laufental zu einer bern. Exklave. Die Bevölkerung entschied sich nach einer deutl. Ablehnung 1983 in der erneuten Abstimmung von 1989 knapp für einen Wechsel zu B.-Landschaft, wo es seit 1994 den fünften Bez. bildet.

Die Parteienvielfalt der Zwischen- und ersten Nachkriegszeit hat sich heute den schweiz. Strukturen angeglichen. Die SP und die FDP besitzen ihre Hochburgen mehr im unteren, die SVP (bis 1953 Baselbieter Bauernpartei, bis 1975 Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei) im oberen Teil des Kt., während die CVP v.a. im kath. Birseck und im Laufental beheimatet ist. Die Grüne Bewegung verfügt trotz wechselhafter kant. Parteigesch. seit 1987 über einen Nationalratssitz und seit 2011 auch über einen Vertreter in der Kantonsregierung. Die Schweizer Demokraten (1967-90 Nationale Aktion für Volk und Heimat) stellten 1991-99 ebenfalls einen Nationalrat. Der Landesring und die 1974 gegr. Liberale Partei sind seit 1991 bzw.

1987 nicht mehr im Landrat vertreten, wohingegen seit 2011 die neuen Formationen Grünliberale Partei und Bürgerl.-Demokrat. Partei Einzug halten konnten.

Aufgrund des überdurchschnittl. Bevölkerungswachstums stieg die Zahl der dem Kt. B.-Landschaft zustehenden Nationalratssitze schrittweise von zwei (1848) über drei (1863), vier (1911) und fünf (1963) auf sieben Mandate (1971). Diese gingen von der Einführung des Proporz (1919) bis 1983 mit wenigen Ausnahmen (Freiwirtschaftsbund, Demokrat. Partei, LdU) an die vier Bundesratsparteien FDP, SP, CVP und SVP, wobei Übergewichte bei FDP und SP mit einer gleichmässigen Verteilung im Wechsel standen. Im Ständerat lösten sich ab 1914 FDP und SP regelmässig ab.

Wahlen in die Bundesversammlung, 1919-2015 (ausgewählte Jahre)

	1919	1925	1935	1947	1963	1971	1987	1991	1995	1999	2003	2007	2015
Ständerat													
FDP	1	1				1	1	1	1	1	1		
SP			1	1	1							1	1
Nationalrat													
FDP	3	2	2	1	1	2	2	2	1	2	1	1	1
CVP					1	1	1		1	1	1	1	1
SP	1	1	2	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2
SVP		1		1	1	1	1	1	1	1	2	2	2
LdU						1							
POCH							1						
GPS								1	1	1	1	1	1
SD								1	1				
Demokraten				1									
Total Sitze	4	4	4	4	5	7	7	7	7	7	7	7	7

Quellen: HistStat; BFS

Autorin/Autor: Sibylle Rudin-Bühlmann

1.2 - Staatliche Tätigkeit und Staatsverwaltung

Der Landrat ist gesetzgebende Gewalt sowie Wahl- und Aufsichtsgremium für kant. Behörden und Organe. Bis 1919 wurde er nach dem Majorz gewählt, 1832/33 in vierzehn Wahlkreisen, 1834-64 in zehn, 1864-1919 in vierzig, ab 1920 nach dem Proporz zunächst in sieben, ab 1983 in elf und seit dem Anschluss des Laufentals in zwölf Wahlkreisen. Anfängl. kam ein Landrat auf 500 Einw., ab 1838 einer auf 600, ab 1850 einer auf 800 Einw. Die Zahl der Landräte wurde 1927 auf 80 festgelegt, 1983 auf 84 und 1994 wegen des Laufentals auf 90 erhöht. Die Amtsdauer betrug zunächst sechs Jahre, wobei alle zwei Jahre ein Drittel des Parlaments neu gewählt wurde, ab 1838 drei und seit 1959 vier Jahre.

Mandate im Landrat (seit Einführung des Proporz)

Partei	1920	1927	1938	1950	1963	1975	1987	1999	2003	2007	2011	2015
FDP	55	28	24	19	24	24	23	22	19	20	14	17
SP	27	19	21	26	26	24	21	25	25	22	21	21
CVP ^a	7	9	10	11	11	12	12	12	11	11	8	8
SVP		5	5	8	7	8	9	14	20	21	24	28
EVP		5			1	2	4	3	3	4	4	4
NA/SD						3	4	9	4	1		
Linke/Grüne ^b	7	4	2	4		2	10	5	8	11	12	8

Partei	1920	1927	1938	1950	1963	1975	1987	1999	2003	2007	2011	2015
GLP											3	3
BDP											4	1
Andere ^c		10	18	12	11	5	1					
Total	96	80	80	80	80	80	84	90	90	90	90	90

^a 1920-26 Kath. Volkspartei, 1926-61 Kath. Volkspartei und christlichsoziale Vereinigung, 1961-70 Christl.-soziale Volkspartei, ab 1970 CVP

^b Unter "Linke/Grüne" sind zusammengefasst: Grütliverein, KP, PdA, POBL, Grüne BL und Freie Grüne Liste.

^c "Andere": Freisinnige Partei (nicht FDP), Bürger-, Bauern- und Gewerbeartei (nicht SVP), Freie demokrat. Vereinigung, Demokrat. Partei, LdU, Freie polit. Vereinigung, Aktion Kt. Basel (1963: 11 Sitze), Bund für wirtschaftl. Aufbau (1938: 11 Sitze).

Quellen: Statist. Jb. B.-Landschaft, StJ

Der Regierungsrat steht der kant. Verwaltung vor. Bis 1863 wurde er vom Landrat gewählt, seither von den Stimmberechtigten. Er zählte ab 1832 fünf, ab 1838 sieben und seit 1850 wieder fünf Mitglieder. 1994 wurde die erste Frau in die Kantonsregierung gewählt. Die Amtsdauer entsprach jeweils derjenigen des Landrats. Seit 1850 besteht ein vollamtl. Direktorialsystem, zunächst mit den fünf Direktionen Finanzen, Inneres, Justiz, Erziehung und Kirche, Militär und Polizei. Durch Differenzierungen entstanden zusätzl. Direktionen: 1867 Bau (aus dem Innern), 1947 Sanität (aus Militär und Polizei), 1959 Landwirtschaft (aus dem Innern). Die acht Direktionen waren auf die fünf Regierungsräte verteilt und wurden 1984 wieder zu fünf zusammengefasst: Finanz- und Kirchen-, Volkswirtschafts- und Sanitäts-, Bau- und Landwirtschafts- (ab 1989 Bau- und Umweltschutz-), Justiz-, Polizei- und Militär-, Erziehungs- und Kulturdirektion.

Politische Zusammensetzung des Regierungsrats ab 1925^a

Partei	1925	1931	1936	1939	1942	1947	1949	1950	1959	1963	1989	1991	1994	1999	2011	2015
FDP	4	3	2	1	1	1	1	1	1	2	1	2	2	2	2	2
SP	1	2	2	2	2	3	2	1	2	1	2	2	2	1	1	
CVP ^b			1	1	1	1		1	1	1	1		1	1	1	1
SVP				1			1	1	1	1	1	1		1		1
DP ^c					1											
FPV ^d							1	1								
GP															1	1
Total	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5

^a Die Tabelle enthält die Jahre, in denen die parteipolit. Zusammensetzung änderte. Vor 1925 war der gesamte Regierungsrat freisinniger Richtung (mit Ausnahme eines Bauern- und Arbeiterbund-Vertreters 1894-1896).

^b 1920-26 Kath. Volkspartei, 1926-61 Kath. Volkspartei und christlichsoziale Vereinigung, 1961-70 Christl.-soziale Volkspartei, ab 1970 CVP

^c Demokrat. Partei

^d Freie polit. Vereinigung

Quellen: Personenlex. des Kt. B.-Landschaft, bearb. von K. Birkhäuser, 1997, 208 f.

Als Stabsstelle der kant. Behörden dient die Landeskantlei unter der Leitung des Landeschreibers. Der Kt. wurde bei seiner Gründung in die Verwaltungsbez. Arlesheim, Liestal, Sissach und Waldenburg aufgeteilt, zu

denen 1994 neu Laufen hinzukam. Die Bezirksstatthalterämter erfüllen polizeil., untersuchungsrichterl. und administrative Funktionen. Die Bezirksschreibereien in Arlesheim, Binningen, Liestal, Sissach, Waldenburg und Laufen besorgen das Notariats-, Grundbuch-, Erbschafts-, Betreibungs- und Konkurswesen. Aufgrund der Verfassung von 1984 vermittelt ein Ombudsmann bei Konflikten zwischen Einw. und kant. oder kommunalen Verwaltungen.

Staatsausgaben ab 1840 (in Tausend Franken)

	1840	1870	1900	1930	1960	1990	2000
Total	414	598	1'294	12'030	111'489	1'231'266	2'221'410
Ausgewählte Bereiche:							
Allg. Verwaltung	99	202	196	943	3'990	85'313	158'475
Volkswirtschaft	3	7	54	440	2'810	29'022	62'733
Bildung	8	22	263	1'601	16'536	314'458	522'564
Gesundheit	5	6	22	872	10'635	246'415	391'828
Soziale Wohlfahrt	8	7	24	392	7'169	111'768	333'219

Quellen: *Autorin, Statist. Amt Kt. B.-Landschaft*

Bei dem Ausbau der Volksrechte übernahm das radikale Baselbiet mitunter eine Pionierrolle. Das Stimm- und Wahlrecht ab 20 Jahren galt ab 1832 für Männer, erst ab 1968 auch für Frauen. 1981 wurde das Stimmrechtsalter auf 18 Jahre gesenkt. Bis 1892 war eine Abstimmung nur gültig, wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten teilnahm, eine Wahl nur, wenn mind. ein Drittel an die Urnen ging. Wahl- und Abstimmungsversammlungen wurden ab 1896 teilweise, ab 1919 vollständig durch das Urnensystem abgelöst. Seit 1832 gilt das obligator. Verfassungsreferendum. Bis 1863 bestand zudem ein Vetorecht: Wenn zwei Drittel der Stimmberechtigten innert 14 Tagen, ab 1838 die absolute Mehrheit innert 30 Tagen das Veto gegen ein Gesetz unterschrieben, so war dieses abgelehnt, was aber nur dreimal gelang. Die Verfassung von 1863 weitete die polit. Rechte erhebl. aus: obligator. Gesetzesreferendum (1999 auf Gesetze beschränkt, die in der Legislative weniger als 80% der Stimmen erhielten), Abberufungsrecht des Parlaments (in der Verfassung von 1984 aufgehoben), Volkswahl der Regierungsräte und der wichtigsten Beamten (1892 Beamtenwahl eingeschränkt), Gesetzes- und Verfassungsinitiative (in der Verfassung 1984 zur Einheitsinitiative zusammengefasst). Es folgten 1892 die Wahl des Ständerats durch die Stimmberechtigten und das obligator. Finanzreferendum für grössere Ausgaben (ab 1944 nur noch fakultativ) und 1984 das fakultative Planungsreferendum.

Der Kt. B.-Landschaft kennt seit der ersten Verfassung im Prinzip die Gewaltentrennung und die grundsätzl. Öffentlichkeit der Gerichte. Ebenfalls sehr früh, 1892, wurde die Unvereinbarkeit von Richteramt und Landratsmandat verfassungsmässig verankert. Ein eigenes Strafgesetz erhielt B.-Landschaft erst 1873; vorher wurden das Stadtbasler Recht oder Spezialgesetze angewendet. Höchste Instanz ist seit 2002 das Kantonsgericht mit den drei Abteilungen Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Zivil- und Strafrecht sowie Sozialversicherungsrecht, das aus der Zusammenlegung von Verwaltungs- und Obergericht hervorgegangen ist. Das Verwaltungsgericht wurde durch die Verfassung von 1926 ermöglicht; das entsprechende Gesetz folgte aber erst 1959. Die Mehrheit der zivilrechtl. Fälle geht zuerst an die von den Stimmberechtigten gewählten sechs Bezirksgerichte (zusätzl. zu den Verwaltungsbez. noch Gelterkinden). Für strafrechtl. Fälle sind die bei den Bezirksgerichten angesiedelten Polizeigerichte und v.a. das kant. Strafgericht erstinstanzl. zuständig. Die Friedensrichter der 19 bzw. seit dem Anschluss des Laufentals 23 Kreise besorgen Sühneverhandlungen und verhängte kleine Bussen. Die Verfassungsgerichtsbarkeit wurde erst durch die Verfassung von 1984 eingeführt. Über Strafbefehle, die Einstellung von Verfahren, Haftbeschwerden und Beschwerden gegen die Anklageankündigung entscheidet in B.-Landschaft das Verfahrensgericht (bis 1999 die Überweisungsbehörde).

Der Kt. B.-Landschaft zählte urspr. 75 Gem. Da Bärenwil (1838) und Olsberg (1882) sich grösseren Nachbargem. anschlossen, Biel und Benken fusionierten (1972), andererseits die Zahl der Gem. sich durch die Konstituierung von Birsfelden (1874) und den Anschluss des Laufentals (1994) erhöhte, sind es heute 86. In der Regel bildet die Gemeindeversammlung der Stimmberechtigten die Legislative. In Allschwil, Binningen, Birsfelden (1993 aufgehoben), Liestal, Pratteln und Reinach trat an ihre Stelle ein Parlament (Einwohnerrat). Als Exekutive amtiert ein Gemeinderat mit 3-7 Mitgliedern unter Leitung des Gemeindepräsidenten. Mittelmässige Gemeinden ohne Parlament bestellen zusätzl. eine Gemeindekomm. mit beratender Funktion.

Urspr. kannte B.-Landschaft eine ausgedehnte Gemeindeautonomie ohne verfassungsrechtl. Regelung. Mit der Verfassungsrevision von 1850 und noch stärker mit dem Gemeindegesetz von 1881 wurde die Stellung des Kt. gegenüber den Gem. gefestigt. Das heute gültige Gesetz über die Organisation und die Verwaltung der Gem. von 1970 schränkt die Autonomie weiter ein und gibt dem Kt. das Aufsichtsrecht. Seit 1881 sind die Bürger- von den Einwohnergem. getrennt.

Autorin/Autor: Sibylle Rudin-Bühlmann

2 - Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur

2.1 - Bevölkerung und Siedlung

2.1.1 - Bevölkerungsentwicklung

1837, im Jahr der ersten einigermaßen zuverlässigen kant. Volkszählung, wohnten in B.-Landschaft 41'120 Personen. Die Einwohnerzahl stieg mit jährl. Raten von durchschnittl. 0,85% bis 1950 auf 107'549. Die letzten Epidemien (Pocken 1885, Typhus 1890, Grippe 1918) bewirkten zwar Einbrüche in der Wachstumskurve, änderten an der Gesamtentwicklung aber nichts. 1950-70 nahm die Baselbieter Wohnbevölkerung im Durchschnitt jährl. um 3,3% (höchste Wachstumsrate aller Kt.) auf 204'889 Einw., 1970-90 mit Raten von jährl. noch 0,7% auf 233'488 zu. Zu Beginn der 1990er Jahre flachte das Wachstum weiter ab. Am 1.1.1994 erlebte der Kt. B.-Landschaft mit dem Übertritt des Bez. Laufen einen einmaligen Bevölkerungszuwachs um 6,5% auf 253'357 Einw. Bedingt durch die Industrialisierung, die Niederlassungsfreiheit (1848) und die Entstehung des Eisenbahnnetzes setzte um die Mitte des 19. Jh. eine Abwanderung zu den städt. Zentren ein - v.a. nach B. -, die rund hundert Jahre dauerte. Geburtenüberschüsse liessen die Bevölkerung in B.-Landschaft dennoch wachsen. Nach dem 2. Weltkrieg begann eine markante Gegenwanderung von der Stadt zur Landschaft. Viele Menschen nahmen auf dem stadtnahen Land Wohnsitz, arbeiteten jedoch in der Stadt. Lebte 1850 nur ein Viertel der Baselbieter Bevölkerung im Bez. Arlesheim, so waren es von den 1960er Jahren an drei Fünftel. 1990 waren rund zwei Drittel der Baselbieter Erwerbstätigen Arbeitspendler, und bezügl. Bevölkerungsdichte lag B.-Landschaft mit 513 Einw./km² in der Rangfolge der Schweizer Kt. an vierter Stelle. Der ausländ. Bevölkerungsanteil schwankte stark, blieb aber stets klar hinter dem der Stadt B. zurück.

Bevölkerungsentwicklung 1837-1990

Zeitraum	Einwohner ^a	Gesamtzunahme ^b	Geburtenüberschuss ^b	Wanderungssaldo ^b	Ausländeranteil ^a	Altersstruktur (Anteil > 59) ^a
1837-1850	41'120	12‰	13‰	-1‰	2,8%	
1850-1860	47'885	7‰	13‰	-6‰	3,7%	
1860-1870	51'582	5‰	13‰	-8‰	3,8%	7,7%
1870-1880	54'026 ^c	9‰	11‰	-2‰	4,0%	8,0%
1880-1888	59'171 ^c	6‰	11‰	-5‰	6,8%	7,8%
1888-1900	61'941	8‰	12‰	-4‰	7,8%	8,3%
1900-1910	68'497	11‰	12‰	-1‰	10,9%	8,3%
1910-1920	76'488	7‰	9‰	-2‰	14,1%	8,2%
1920-1930	82'390	12‰	8‰	4‰	10,5%	8,7%
1930-1941	92'541	2‰	5‰	-3‰	9,7%	9,9%
1941-1950	94'459	14‰	8‰	6‰	5,4%	12,7%
1950-1960	107'549	32‰	10‰	22‰	6,2%	13,4%
1960-1970	148'282	32‰	13‰	19‰	12,7%	12,7%
1970-1980	204'889	7‰	7‰	0‰	18,9%	12,1%

Zeitraum	Einwohner ^a	Gesamtzunahme ^b	Geburtenüberschuss ^b	Wanderungssaldo ^b	Ausländeranteil ^c	Altersstruktur (Anteil > 59) ^a
1980-1990	219'822	6‰	4‰	2‰	14,2%	14,2%
1990	233'488				15,6%	17,9%

^a zu Beginn der Berechnungsperiode

^b mittlere jährl. Zuwachsrates

^c ortsanwesende Bevölkerung

Quellen: BFS, HistStat

Autorin/Autor: Kaspar Birkhäuser

2.1.2 - Siedlung

Zentrum der Region war und ist die Stadt B. Auf sie sind die Verkehrswege und die daran liegenden Siedlungen ausgerichtet. Zur Zeit der Kantonsgründung gab es in B.-Landschaft fast ausschliessl. dörtl. Siedlungen und Einzelhöfe. Letztere sind heute prakt. nur noch in den oberen Bez. zu finden (1990 1'807 landwirtschaftl. Betriebe). In den Tälern - je näher bei B., desto ausgeprägter - liegen stark gewachsene Siedlungen mit Gewerbe- und Industriezonen. Besonders im Bez. Arlesheim haben sich Vorortsgem. und Kleinstädte gebildet. Die der Stadt B. benachbarten Gem. Allschwil, Binningen, Bottmingen, Münchenstein, Reinach, Arlesheim, Birsfelden, Muttenz sowie Pratteln, Oberwil, Therwil und Aesch sind siedlungsmässig mit dieser zusammengewachsen und durch direkte Tramlinien erschlossen. 1992 lebten im Bez. Waldenburg pro km² 130 Personen, im Bez. Sissach 199, im Bez. Liestal 602 und im Bez. Arlesheim 1'457 Personen.

Autorin/Autor: Kaspar Birkhäuser

2.2 - Wirtschaft

2.2.1 - Von der Kantonstrennung bis zum Ende des 19. Jahrhunderts

In den 1830er Jahren arbeiteten im Baselbiet zwei Drittel der Erwerbstätigen im 1. Sektor, insbes. in der Land- und Waldwirtschaft. Dieser Anteil sank bis 1900 auf einen Viertel herab. Die Mehrzahl der Landwirte waren Kleinbauern. Grössere Betriebe gab es nur in Stadtnähe und als Einzelhöfe in den Berggebieten des Juras. Von der Jahrhundertmitte an vollzog sich der Wandel von der extensiven zur intensiven Landwirtschaft und - infolge billiger Getreideimporte per Schiff und Bahn - vom Ackerbau zur Viehwirtschaft (1866: 14'043 Rinder, 3'766 Schweine, 3'900 Ziegen, 5'966 Schafe; 1906: 24'376 Rinder, 6'398 Schweine, 5'439 Ziegen, 581 Schafe). Beschäftigung bot auch das Waldareal, das 1850 29,4% und 1897 33,9% der Bodenfläche des Kt. B.-Landschaft ausmachte. Die seit 1837 produzierende Saline Schweizerhalle machte nicht nur die Schweiz unabh. von Salzimporten, sondern verschaffte auch dem Kt. B.-Landschaft so hohe Einnahmen, dass dieser bis 1892 keine dauernde direkte Steuer erheben musste.

Der industrielle und gewerbl. Sektor weitete sich bis 1900 auf einen Anteil von 58% der Beschäftigten aus. Seine Ausgangsbasis war einerseits das die Landwirtschaft ergänzende Handwerk und Gewerbe und andererseits die Posamenterei ([Seide](#)), d.h. das Weben von Seidenbändern auf Heimwebstühlen für Basler "Bändelherren" (im Verlagssystem mit Botenwagen). 1836 wurden in B.-Landschaft rund 3'500 Stühle betrieben, 1880 (auf dem Höhepunkt) 4'909. Auch das Posamenten war meist mit Landwirtschaft verbunden. In Gelterkinden, Sissach und Liestal wurden zudem Bandfabriken eröffnet. Die ersten Fabriken, v.a. der Textil- und der Uhrenindustrie, siedelten sich im Bez. Arlesheim und in den Tälern mit Eisenbahnlinien an (Uhrenindustrie im Waldenburger Tal ab 1853). 1860 wurden in B.-Landschaft 26 fabrikmässige Betriebe gezählt: 18 Textil-, je zwei Papier-, Metall- und Uhrenfabriken, die Saline Schweizerhalle sowie direkt neben dieser die Chem. Fabrik [Schweizerhall](#).

Zahlenmässig bescheiden war zu Beginn der Dienstleistungssektor: Zur Linderung der herrschenden Kreditnot wurde 1849 die Hypothekenbank gegr., die erste Anstalt ihrer Art in der Schweiz, 1864 die Kantonalbank. Eine Hauptbranche war das Gastgewerbe. Erste tourist. Anziehungspunkte waren die Badehotels Schauenburg und Ruch-Eptingen sowie das 1850 gegr. "Soolbad Hotel Schweizerhall". Im Transitland B.-Landschaft verschaffte der Güterverkehr über den Hauenstein vielen Fuhrunternehmern Arbeit und Brot. 1854 brach mit der Eröffnung der Linie B.-Liestal das Eisenbahnzeitalter an. 1858 wurde die Centralbahn-Linie durch den oberen Hauensteintunnel nach Olten in Betrieb genommen. Es folgten 1875 die Linien B.-Brugg der Nordostbahn und B.-Delsberg der Jura-Simplon-Bahn, 1880 Liestal-Waldenburg und 1892 B.-Therwil der Birsigalbahn. Zwischen Sissach und Gelterkinden gab es 1891-1916 erstmals in der Schweiz auf einer Überlandstrecke einen elektr. Lokomotivbetrieb. Die Versorgung ganzer Gem. und Industrien mit Elektrizität erfolgte v.a. durch die Genossenschaften Elektra Birseck (1897) und Elektra Baselland (1898). Deren Initiant, Stefan Gschwind, war 1895 auch Gründer der Birseck'schen Produktions- und Konsum-Genossenschaft, die 1919 mit dem Allg. Konsumverein Basel ([Coop](#)) fusionierte.

Autorin/Autor: Kaspar Birkhäuser

2.2.2 - 20. Jahrhundert

Im 20. Jh. sank der Anteil der im 1. Sektor Beschäftigten weiter: von 25% (1900) auf 2,4% (1990). Der Landwirtschaft machten die Verschuldung der Bauern (1921-31 stiegen die Beteiligungen in der Landwirtschaft von 1'576 auf 2'425 pro Jahr an), der Zusammenbruch der Nebenerwerbsquelle Posamenterei, Tierseuchen (Schweinepest, Milz- und Rauschbrand, Maul- und Klauenseuche besonders in den 1920er Jahren) und v.a. die internat. Konkurrenz zu schaffen. Gegenstrategien bestanden in der Gründung von Produktions- und Verwertungsgenossenschaften (u.a. 1902 Verband Basellandschaftl. Viehzuchtgenossenschaften und Einzelzüchter, 1904 Verband nordwestschweiz. Milchgenossenschaften, 1917 Saatzuchtgenossenschaft beider Basel), in der Rationalisierung und Bodenverbesserung sowie in staatl. Regulierungs- und Unterstützungsmassnahmen. 1919 wurde in Liestal die Landwirtschaftl. Winterschule eröffnet, 1956 im Hofgut Ebenrain bei Sissach die neue Landwirtschaftl. Schule mit Haushaltungsschule und Musterbetrieb. Die Ausführung des kant. Gesetzes betr. Feldregulierungen von 1895 vollzog sich nur langsam. Die eidg. Betriebszählung von 1905 zeigte, dass von den 5'547 Baselbieter Landwirtschaftsbetrieben deren 2'886 eine Grösse von bloss 0,5-3 ha und 2'076 eine Grösse von 3,1-10 ha besaßen. Die Mehrzahl der Feldregulierungen fanden zwischen 1930 und 1970 statt. 1991 bestanden noch 1'807 Landwirtschaftsbetriebe (861 kleiner als 10 ha, 785 10,1-30 ha und 161 grösser als 30 ha). Die Salzförderung in Schweizerhalle schwoll nach 1960 (Strassensalz, Industriebedarf) sprunghaft an und verharrte seit dem Ende der 1970er Jahre auf hohem Niveau.

Erwerbsstruktur^a

Jahr	1. Sektor	2. Sektor	3. Sektor^b	Total
1860	8'297	13'440	5'238	26'975
1870 ^c	8'295	14'978	2'201	25'474
1880 ^c	9'062	16'138	3'130	28'330
1888	8'304	15'869	4'047	28'220
1900	7'877	18'760	5'286	31'923
1910	7'982	21'597	6'887	36'466
1920	7'915	22'809	9'308	40'032
1930	6'973	24'043	13'007	44'023
1941	7'496	22'726	13'920	44'142
1950	6'076	27'378	16'316	49'770
1960	4'818	41'405	22'654	68'877
1970	3'914	54'829	38'923	97'666

Jahr	1. Sektor	2. Sektor	3. Sektor^b	Total
1980	3'460	47'524	57'436	108'420
1990	2'886	42'360	79'037	124'283

^a bis 1960 ohne Teilzeitangestellte

^b inkl. unbekannt

^c ortsanwesende Bevölkerung

Quellen: Eidg. Volkszählungen, HistStat

Der Anteil der im 2. Sektor Beschäftigten hielt sich 1900-75 ziemlich konstant um 58%, um dann auf 34,5% (1990) zu sinken. Die Posamenterei geriet durch die veränderte Frauenmode ab 1925 in eine Krise, die zu ihrem gänzl. Verschwinden führte (1920 3'920, 1930 1'650, 1945 631 und 1978 5 Heimwebstühle im Kt. B.-Landschaft). An die Stelle der Seidenbandindustrie traten andere Branchen: u.a. Produktion von Uhren und Präzisionsinstrumenten, Elektrotechnik, Metallverarbeitung, Maschinen- und Fahrzeugbau, Chemie (in der Nachbarschaft der Saline Schweizerhalle), Textilproduktion. Die neuen Industriezweige waren vielfältig. Ihre Fabrikationsbetriebe wurden zuerst in der Nähe der Stadt B. errichtet, siedelten sich aber immer mehr auch in den vom Verkehr erschlossenen Talgemeinden des oberen Kantonsteils an. Einige Beispiele: Revue **Thommen** AG in Waldenburg (Messinstrumente, gegr. 1859), Ronda AG in Lausen (Uhrwerke, gegr. 1944), Brown, Boveri & Cie. in Münchenstein (bis 1911 Elektrizitätsgesellschaft **Alioth** AG, gegr. 1895, 1935 Hauptteil nach Baden verlegt), JRG Gunzenhauser AG in Sissach (Metallgiesserei, gegr. 1887), Buss AG in Pratteln (Eisenbau, hier seit 1893), Frech-Hoch AG in Sissach (Carrosseriewerke, gegr. 1898), Schweizerhall AG in Pratteln (Chemie, gegr. 1844), Bally-Filiale in Gelterkinden (1925-78), Hanro in Liestal (Lingerie, gegr. 1895), **Schindler** Waggon in Pratteln (1945-97, ab 1998 Adtranz), Firestone in Pratteln (1934-78). Grosse Chemiefirmen, deren Platzbedarf in der Stadt B. an Grenzen stiess, verlagerten ihre Produktion nach Schweizerhalle, wo ihnen die Saline bzw. die Säurefabrik Natrium und Chlorid zur Verfügung stellten und wo auch gute Verkehrsverhältnisse bestanden. In Lausen und im westl. Kantonsteil waren keram. Betriebe tätig, z.B. die 1878 in Allschwil gegr. Ziegelei Passavant-Iselin & Co. Im gewerbl. Bereich expandierten besonders das Baugewerbe (1905 2'734 Beschäftigte, 1950 4'502, 1991 10'245) und die Holzbe- und -verarbeitung (1929 1'452 Beschäftigte, 1955 1'810, 1991 2'617).

Die Versorgung des Kt. mit elektr. Energie stellten weiterhin die beiden Genossenschaften Elektra Birseck und Elektra Baselland sicher. Etwa ein Fünftel des Bedarfs wurde 1980 durch die Rheinkraftwerke Augst-Wyhlen (seit 1914) und Birsfelden (seit 1955) gedeckt. Der Hauptteil stammte aus den Speicherkraftwerken in den Alpen und aus den Atomkraftwerken (Atel). 1995 betrug der kant. Stromverbrauch 1'716 GWh, der gesamte Energieverbrauch 8'027 GWh. Mehr als die Hälfte davon wurde mit Erdölprodukten gedeckt. Insgesamt sank 1990-95 der Verbrauch von Heizöl, während derjenige von Erdgas stieg. Die stark zunehmende Energieproduktion aus Industrieabfällen trug 1995 ca. 5% zur Energieversorgung des Kt. B.-Landschaft bei.

Um 1900 arbeiteten erst 17% der Beschäftigten im (damals vom Gastgewerbe dominierten) Dienstleistungssektor. Mit einigem Erfolg priesen sich von der Gründung des Juravereins (1898, Tourismusförderung) bis zum 1. Weltkrieg Gem. wie Langenbruck und Eptingen als Kurorte an (Luft, Wandern, Baden, Wintersport). Im letzten Viertel des 20. Jh. wandelte sich B.-Landschaft vom Industrie- zum Dienstleistungskanton: Der Anteil der im 3. Sektor Beschäftigten schnellte 1975-90 von 38% auf 63,1% empor, wobei er zwischen 1975 und 1980 denjenigen des Industriesektors überholte. 1980-90 nahm die Zahl der in Verkehr und Gastgewerbe Beschäftigten um 50% zu, jene der im Handel, bei Banken, Versicherungen und im Immobilienwesen Arbeitenden verdoppelte sich sogar. Die Arbeitsplätze im Kt. konzentrierten sich in Muttenz (1991 15%), Liestal, Pratteln, Münchenstein, Reinach und Allschwil (1991 alle zusammen 42%).

Da B.-Landschaft an der bedeutenden europ. Nord-Süd-Verkehrsachse über Gotthard und Simplon liegt,

wurden hier im 20. Jh. besonders die Eisenbahn- und Strassenbauten systemat. erweitert: 1916 Inbetriebnahme der Hauensteinbasis-Bahnlinie, 1933 und 1976 Eröffnung des Rangierbahnhofs I und II in Muttenz, der mit 72 Geleisen zur grössten Bahndrehscheibe der Schweiz wurde. Seit der Mitte der 1990er Jahre bauen die SBB die Linie B.-Olten im Rahmen von Bahn 2000 und Neat mit dem Adler- (2000 eröffnet) und dem Wisenbergertunnel (geplant) aus.

Während sich die Bevölkerungszahl des Kt. B.-Landschaft 1950-80 verdoppelte, verzwanzigfachte sich die Zahl der registrierten Personenwagen von 4'000 auf 82'000; 1996 betrug sie 112'220. Stark nahm auch der motorisierte Nord-Süd-Transitverkehr zu. Für dessen Bewältigung wurde 1960-70 die A2 von B. durch den Jura (Belchentunnel) ins Schweizer Mittelland gebaut. 1983 wurde im unteren Birstal die Jurastrasse J18 eröffnet. 1980 durchquerten im Durchschnitt tägl. 28'000, 1990 37'400 Fahrzeuge den Belchentunnel. Der Autobahnabschnitt zwischen der Verzweigung Augst und der Landesgrenze nach Deutschland war 1995 mit tägl. rund 100'000 Fahrzeugen das meistbefahrene Strassenstück der Schweiz.

Auf dem Sternenfeld bei Birsfelden wurde 1924-50 der erste Flugplatz B.s betrieben. Er wurde abgelöst durch den Flughafen (seit 1987 EuroAirport Basel Mulhouse Freiburg), in dessen Verwaltungsrat die Regierung von B.-Landschaft vertreten ist. Mit den Rheinhäfen Birsfelden und Au/Muttenz (Eröffnung 1941) erhielt B.-Landschaft Anschluss an einen weiteren internat. Verkehrsträger. 1992 wurden hier 4'197 Schiffe gelöscht und rund 5 Mio. Tonnen Güter umgeschlagen.

Die ab 1905 tätige Automobilges. Liestal-Reigoldswil AG war das erste konzessionierte Autobus-Unternehmen der Schweiz. Das öffentl. Nahverkehrsnetz mit Strassenbahnen und Bussen wurde im 20. Jh. ausgebaut, bis jede Gem. daran angeschlossen war. Die Birseckbahn B.-Dornach verkehrte ab 1902, die Tramlinie B.-Aesch ab 1907. 1910 erfolgte die Verlängerung der Birsigtalbahn bis Rodersdorf. Die Überlandbahn St. Jakob-Muttenz fuhr ab 1921, in der Verlängerung bis Pratteln ab 1922. 1974 schlossen sich diese Linien zu einem einzigen Unternehmen zusammen, zur Baselland Transport AG (BLT). 1987 gründeten die Basler Verkehrsbetriebe, die BLT, die SBB, der Postautodienst der PTT, die Waldenburgerbahn AG, die Autobus AG Liestal und der Busbetrieb Rheinfelden den Tarifverbund Nordwestschweiz (TNW).

Die Rolle des Staates in der kant. Wirtschaftspolitik war stets zurückhaltend. Der Kt. griff nur ausnahmsweise und bei grossen Krisen (Weltkriege, Krise der Posamenterbauern, Krisen der 1930er und 1990er Jahre) helfend ein. Seit 1996 besteht die Wirtschaftsförderung für B.-Stadt und B.-Landschaft.

Neben die Bauern- und Gewerbeverbände traten im 20. Jh. die Verbände der Industriellen (VIB) und der Unternehmer (VBU). Der VBU schloss sich 1997 mit der Basler Handelskammer zur Handelskammer beider Basel (HKBB) zusammen. Die Interessen der Arbeitnehmer vertraten Gewerkschaften, der Posamenterverband und Arbeitervereine.

Autorin/Autor: Kaspar Birkhäuser

2.3 - Gesellschaft

2.3.1 - Von der Kantonstrennung bis ins ausgehende 19. Jahrhundert

In der Zeit der Kantonsgründung war die Baselbieter Bevölkerung eine grösstenteils arme, agrar. geprägte Gesellschaft. Fast die Hälfte der Einw. lebten als Bauern und lohnabhängige Tauner von der Landwirtschaft. Ein knappes Viertel der hauptberufl. beschäftigten Hausvorstände waren Posamentier, die im oberen Kantonsteil, v.a. im Bez. Waldenburg, Heimarbeit betrieben. Den Rest bildeten die Handwerker, Arbeiter und die kleine Gruppe der besser gestellten Ärzte, Advokaten, Geschäftsleute, Ingenieure, Beamten, Müller und Wirte. Aus diesen Kreisen rekrutierte sich im neu gegr. Kt. B.-Landschaft auch die Führungsschicht.

Der ausländ. Bevölkerungsanteil war zwar gering, doch spielten polit. Flüchtlinge (v.a. des Jungen Deutschland) im Aufbau des neuen Staatswesens eine wichtige Rolle, besonders als Lehrer. Viele Frauen waren nicht nur die hauptsächl. Stützen von Familienleben und Haushaltsführung, sondern als Bäuerinnen,

Posamenterrinnen und Arbeiterinnen notwendigerweise auch stark am Erwerbsleben beteiligt. Noch 1905 waren 42% der Erwerbstätigen, in der Heimindustrie sogar 73% der Arbeitskräfte Frauen. Manche engagierten sich zusätzl. in der Sozialhilfe. Wie überall waren die Frauen gegenüber den Männern im öffentl.-rechtl. Bereich noch krass benachteiligt, was sich u.a. in der Geschlechtsvormundschaft ausdrückte.

Als sich in den 1870er und 80er Jahren die Krisen in der Landwirtschaft (Umstellung auf Viehwirtschaft wegen der Krise im Ackerbau) und nach 1890 in der Posamenterei (infolge von Zollrestriktionen in Deutschland und den USA sowie wegen des Modewandels) häuften, verarmten grosse Teile der Bevölkerung. Verwahrlosung der Kinder, Bettelerei und Alkoholismus breiteten sich aus. Neben Gem. mit armer Bevölkerung wie Känerkinder (1894 Fr. 527.75 Reinvermögen, Fr. 187.24 Jahreseinkommen pro Kopf) gab es aber auch solche wie Arlesheim mit wohlhabenden Einw. (1894 Fr. 9'077.73 Reinvermögen, Fr. 770.26 Jahreseinkommen pro Kopf). Känerkinder war ein Oberbaselbieter Kleinbauern- und Posamenterdorf, wogegen das stadtnahe Arlesheim von einer zunehmenden Zahl wohlhabender Stadtbasler als Wohngemeinde gewählt wurde. Manche Arbeitslose fanden neue Beschäftigung in den entstehenden Fabriken in und um B. Etwa 12'000 Menschen wanderten im 19. Jh. aus dem Baselbiet aus, v.a. nach Nordamerika.

Autorin/Autor: Kaspar Birkhäuser

2.3.2 - 1890er Jahre bis 1945

Die Jahre bis zum Beginn des 1. Weltkriegs (1914) galten als eine Zeit des Aufbruchs. Interessengruppen versch. Art gründeten Vereine, Genossenschaften und Parteien. Das Vereinsleben erlebte eine Blütezeit. Zu den seit etwa 1830 gegr. Gesang-, Schützen- und Frauenvereinen kamen Turnvereine hinzu, Wanderbünde, Krankenpflegevereine, der Armenerziehungsverein, die Gemeinnützige Ges. sowie Alkoholgegner-Organisationen. Im Jahrzehnt vor dem 1. Weltkrieg war der Ausländeranteil hoch: Er betrug 1910 im Bez. Arlesheim sogar 25%. V.a. dt. Lebensart war, wie damals in der ganzen Deutschschweiz, populär.

Die Periode der Weltkriege und der Zwischenkriegszeit (1914-45) brachte Veränderungen mit Gewinnern und Verlierern: Viele Arbeitende, die früher in der Landwirtschaft und in der Bandindustrie tätig gewesen waren, mussten sich an berufl. Mobilität gewöhnen, was auf ihre Lebensart zurückwirkte. Soziale Spannungen (Landesstreik 1918, Streiks und Aussperrungen z.B. 1922 in der Schuhfabrik Allschwil, bei der Buss AG in Pratteln, in der Bau- und Möbelbranche, bei Rohner & Co. in Pratteln, Messerschmidt in Pratteln und der Buchdruckerei Lüdin in Liestal) führten zu Veränderungen bei Parteien, Verbänden und in der Verteilung der Macht. 1919 wurden der Gewerbeverband sowie aus den 20 in B.-Landschaft tätigen Gewerkschaften das Gewerkschaftskartell Baselland gegründet. Der Periode des Klassenkampfes folgte mit der Weltwirtschaftskrise ein gewisser sozialer Friede. Neue soziale Netze (1930 kant. Obligatorium der Arbeitslosenversicherung und Schaffung einer öffentl. Arbeitslosenkasse) kamen in der Krisenzeit der 1930er Jahre und während des 2. Weltkriegs zum Tragen. Die Arbeitslosenquote lag im Kt. B.-Landschaft zu Beginn der 1930er Jahre infolge des Niedergangs der Bandweberei klar über dem schweiz. Durchschnitt, später aber darunter. Die monatl. Stichtagsarbeitslosigkeit betrug: 1931 1'132 Personen (2,6%), 1935 1'564 (3,6%), 1936 2'016 (4,6%), 1937 1'549 (3,5%), 1938 1'338 (3,0%).

Autorin/Autor: Kaspar Birkhäuser

2.3.3 - 1945 bis heute

In den Jahren 1945-75, die in jeder Hinsicht eine Zeit des Wachstums waren, verdoppelte sich die Bevölkerungszahl. In vielen Bereichen wurde ein Nachholbedarf gedeckt, so etwa mit dem Neubau des Kantonsspitals Liestal (1962), der Errichtung von vier Gymnasien und eines zweiten Kantonsspitals (Bruderholz, 1974). Es herrschte sozialer Friede. In der Gesellschaft war eine zunehmende Offenheit und "Urbanität" feststellbar, gepaart mit einer ausgeprägten Konsumhaltung. Der Ausländeranteil der Wohnbevölkerung stieg bis um 1970 (18,9%) und verharrte danach in etwa auf diesem Niveau. Während die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in der Gesetzgebung Fortschritte machte, lässt die

Umsetzung noch zu wünschen übrig. Zwar stieg die Erwerbsquote der Frauen 1970-90 von 40,2% auf 49,2%, doch hat deren Erwerbsvolumen in der Wirtschaftskrise der 1990er Jahre abgenommen: Frauen arbeiten wieder häufiger Teilzeit, und zwar v.a. in Niedriglohnbereichen. Sie verdienen zwischen 25% und 30% weniger als Männer. Deshalb haben sie oft Mühe, sich sozial abzusichern und z.B. eine zweite Säule zu bilden. Obwohl Frauen in der kant. Verwaltung 37% des Stellenvolumens innehaben, nehmen sie weniger als 20% der Chefpositionen ein.

Nach dem Ende der ersten grossen Wachstumsperiode wirkten wirtschaftl. Rezessionsphasen (Schliessungen von Betrieben wie z.B. Firestone, Oris Watch, Bally; Vollzeitarbeitslosigkeit: 1980 269, 1990 808, März 1995 4'248, März 1997 5'166 Personen) und negative ökolog. Entwicklungen (Verarmung von Flora und Fauna, Gewässer- und Luftverschmutzung sowie Ereignisse wie der Brand eines Chemielagers in Schweizerhalle) auf die Gesellschaft zurück. Alte soziale Gegensätze brachen wieder auf, neue polit. und ideelle entstanden, z.B. zwischen sog. Technokraten und Grünen. Bürgerbewegungen (z.B. die Besetzung des AKW-Baugeländes bei Kaiseraugst 1978) erinnerten an jene zwischen 1832 und 1861. Viele Menschen zogen sich auch ins Private zurück. Als die grossen Konzerne in B. restrukturierten und Abteilungen ins Ausland verlagerten, wurde manchen die Abhängigkeit von der Chem. Industrie bewusst, und soziale Unsicherheit breitete sich aus.

Während früher Bauernkreise eine dominierende gesellschaftl. Stellung einnahmen, tut dies heute das Gewerbe. Der Gewerbeverband (Wirtschaftskammer KMU) mit seiner grossen Anhängerschaft hat in B.-Landschaft auf der polit. und gesellschaftl. Ebene weitgehend das Sagen und bildet im Freisinn (der Baselbieter "Staatspartei") die Mehrheit. Weiterum gilt B.-Landschaft noch immer als ein "armer Landkanton" mit einer sparsamen, etwas geizigen Haltung. Manche Stadtbasler scheinen B.-Landschaft bis heute die Demütigung der Städter am 3.8.1833 und den anschliessenden Verkauf der goldenen Altartafel aus dem Münsterschatz (Musée de Cluny, Paris) nicht verziehen zu haben. Umgekehrt ist in B.-Landschaft das Gefühl verbreitet, von den Städtern nicht ganz ernst genommen zu werden. Nicht wenige begegnen der Stadt B. mit Misstrauen (aus Angst vor polit. Bevormundung - die entschiedene Ablehnung der Wiedervereinigung 1969 ist Zeugnis davon), aber auch mit wachsendem Selbstbewusstsein. Auch in B.-Landschaft wird ein bäuerl. Selbstverständnis gepflegt, obwohl 1990 nur noch 4'500 (von 133'094) Erwerbspersonen über 15 Jahren in der Landwirtschaft arbeiteten. V.a. bei Volksabstimmungen sind immer wieder Mentalitätsunterschiede zwischen dem eher konservativen Oberbaselbiet und dem eher fortschrittll. Bez. Arlesheim sowie dem kath. Laufental feststellbar.

Autorin/Autor: Kaspar Birkhäuser

2.4 - Kultur und Bildung, Kirchen und religiöses Leben

2.4.1 - Kultur und Bildung

B. besass und besitzt im Kantonsgebiet kein eigentl. kulturelles Zentrum. Die traditionelle Gemeinschaftskultur erwuchs aus dem ländl. Lebens- und Jahresverlauf, aus einem von Sagen und Volksglauben geprägten Bewusstsein, und bestand v.a. aus dem Brauchtum mit u.a. Fasnacht (z.B. "Chienbäseumzug", "Reedli schigge"), Mittfasten, Ostern, Nachostern (Eierlesen), Maibaum, Banntag, Metzgete, Dorfsitten (z.B. "Sichellöse" und "Pflegelhänggi" in Therwil) und Erntebräuchen. Die Kirchen und Fam. waren Träger von religiösen Festen. Etwa ab 1830 entstanden Chöre und Gesangsvereine. Kulturelle Leistungen wurden im 19. Jh. auch von Einzelnen wie der Pianistin Charlotte Widmann-Wimmer und dem Dichter-Pfarrer Jonas Breitenstein erbracht.

Grundlage für die Finanzierung der Kultur- und Bildungsbestrebungen des Kt. B.-Landschaft waren die 1834 mit B. geteilten Vermögen von Kirchen-, Schul- und Universitätsgütern. B.-Landschaft war verpflichtet, Letzteres ausschliessl. für höhere Bildungsanstalten zu verwenden. 1835 errichtete der Kt. damit die vier Bezirksschulen Liestal, Böckten, Waldenburg und Therwil. Um die Jahrhundertwende begann auch die öffentl. Hand in Gem. und Kt. kulturelle Aufgaben zu übernehmen: durch den Aufbau von Bibliotheken und eines Kantonsmuseums, durch die Einsetzung von Komm., die Bildung von Ämtern (Staatsarchivar,

Kantonsbibliothekar, Konservator des Kantonsmuseums), die Verleihung von Preisen (z.B. kant. Kulturpreis), durch Aufträge, Ankäufe, Vergabe von Krediten und Stipendien. 1894 errichtete der kinderlose Industrielle Heinrich Handschin für den Kt. B.-Landschaft testamentar. eine Stiftung, die arme, talentierte junge Leute in ihrer Ausbildung unterstützt.

Im 19. Jh. gab es in B.-Landschaft eine Vielzahl von Zeitungen. Die erste war "Der unerschrockene Rauracher" (1832-37). 1869 konkurrierten miteinander die [Basellandschaftliche Zeitung](#), "Der Landschäftler" (1849-1964, gemässigt regierungskrit.), "Der neue Baselbieter" (1868-73, Oberbaselbieter Oppositionsblatt), [Der Baselbieter](#), die "Sissacher Zeitung" (1868-72, unterstützte die demokrat. Bewegung Christoph Rolles), "Der Arbeiter" (1868-69, Organ der Internat. Arbeiter-Assoziation beider Basel) und "Der Demokrat aus Baselland" (1866-71, Parteiblatt Christoph Rolles). Hundert Jahre später bestanden (neben den Lokalanzeigern) nur noch die "Basellandschaftliche Zeitung" und die "Volksstimme". 1983 begann das kommerzielle Radio Raurach (heute Radio Edelweiss) zu senden.

Nach jahrzehntelangem Kampf um eine Schulrevision trat 1911 ein Schulgesetz in Kraft, das u.a. die Schaffung von Sekundarschulen vorschrieb. 1924 schlossen die beiden Halbkt. B.-Landschaft und B.-Stadt ein Schulabkommen, das die Finanzierung der Ausbildung von Landkindern an Stadtbasler Schulen regelte. 1946 wurden die Bezirks- und Sekundarschulen zu Realschulen zusammengeführt, diese 1979 wieder zu Sekundarschulen umbenannt. Von den 1960er Jahren an fand ein gewaltiger Ausbau des Bildungswesens statt, zu dem etwa die Schaffung der vier Gymnasien Liestal, MuttENZ, Münchenstein und Oberwil (1963-72), der Aufbau von 17 Jugendmusikschulen sowie die Gründung der Ingenieurschule beider Basel (1971, seit 1997 Fachhochschule beider Basel) gehörten. B.-Landschaft beteiligte sich auch zunehmend an der Trägerschaft der [Universität Basel](#); mit einem neuen Vertrag erhöhte der Kt. seinen Beitrag 1996 von jährl. 44,5 auf 75 Mio. Fr., im Jahr 2001 weiter auf 89 Mio. Fr., und nahm Einsitz im Universitätsrat.

Das 100-jährige Kantonsjubiläum von 1932 löste neue Aktivitäten aus und führte zur Gründung weiterer Institutionen und Publikationsreihen ("Baselbieter Heimatblätter" ab 1936, "Baselbieter Heimatbuch" ab 1941). 1944 wurde der Kunstverein Baselland gegründet, der u.a. alle zwei Jahre "Kantonale Kunstausstellungen" durchführte. Die Hochkonjunktur nach dem 2. Weltkrieg ermöglichte es dem Kt., den Gem., Verbänden, aber auch Firmen und Privaten, vermehrt kulturfördernd bzw. selber kulturell aktiv zu sein. Die Römerstadt [Augusta Raurica](#) wurde durch systemat. Ausgrabungen erforscht. Zahlreiche Gem. eröffneten Ortsmuseen. Im Verlag des Kt. erscheinen seit 1966 heimatkundl. Publikationen der 1964 gegr. Arbeitsgemeinschaft zur Herausgabe von Heimatkunden, die geschichtswiss. Reihe "Quellen und Forschungen zur Gesch. und Landeskunde des Kt. B.-Landschaft" und andere Publikationen. 2001 legte eine 1987 eigens dafür eingerichtete Forschungsstelle in Liestal eine mehrbändige neue Kantonsgesch. vor.

Der Kulturartikel von 1984 führte zu einer kohärenten Kulturpolitik (in Partnerschaft mit B.-Stadt). Ein Kulturrat (beratendes Gremium des Regierungsrats) und sechs Fachgruppen förderten v.a. Projekte (weniger Institutionen) und unterstützten die Bereitstellung von Infrastrukturen für Kulturschaffende. In Liestal, Arlesheim, Laufen, Gelterkinden und Birsfelden entstanden sog. Kulturstützpunkte. 1997 erwarb der Kunstverein Baselland in MuttENZ ein ehem. Industriegebäude, um darin ein kant. Kunsthaus einzurichten. Der Kt. B.-Landschaft und einzelne, v.a. stadtnahe Gem. unterstützten gezielt auch Institutionen in der Stadt B. (so etwa mit jährl. Millionenbeiträgen die Basler Theater). Eine bedeutende Rolle v.a. in den Dörfern spielten und spielen die Vereine. Sie wirken bis heute als eigentl. Kulturträger und dienen der Geselligkeit aller Art (Singen, Musizieren, Bildung, Theaterspielen, Turnen, Sport und Spiel), aber auch dem gemeinnützigen Wirken. Im Dienst der Volksbildung stehen auch die Kantonsbibliothek (1996 247'659 Ausleihen) und die zahlreichen Gemeindebibliotheken (1996 702'193 Ausleihen).

Turnen und Sport erlebten im 20. Jh. einen enormen Aufschwung. Seit 1946 übernimmt der Staat zusammen mit dem Sport-Toto-Fonds Aufgaben zur Sportförderung (z.B. Zuschüsse für den Bau von Turnhallen, Schwimmbädern). Gemäss Sportgesetz von 1991 "fördert und unterstützt er die sportl. Betätigung der Bevölkerung aller Altersstufen". Das Sportamt in Pratteln ist Dreh- und Angelpunkt fast aller sportl. Aktivitäten

in B.-Landschaft.

Autorin/Autor: Kaspar Birkhäuser

2.4.2 - Kirchliches und religiöses Leben

Bei der Kantonsgründung waren rund vier Fünftel der Einw. Protestanten; sie lebten vorwiegend in den Bez. der alten Landschaft B. Die knapp 20% kath. Einw. konzentrierten sich hauptsächl. im Birseck, im hinteren Leimental und in Allschwil. Sie gehörten im Bistum B. zum Dekanat Baselland, während die ref. Landeskirche bis 1950 einen Teil des Staates B.-Landschaft bildete. Das Kirchengesetz von 1950 stellte die ref., die röm.-kath. und die christkath. Kirchen rechtl. gleich, garantierte ihre Selbstständigkeit und innere Freiheit und sicherte ihnen finanzielle Leistungen des Staates zu. Durch die Gesetzesrevision von 1991 wurden die Kirchgemeinden von den Einwohnergemeinden völlig losgelöst.

In beiden grossen Konfessionen spielten sich in den 1870er Jahren Richtungskämpfe ab. In der ref. Kirche forderten die dem schweiz. "Verein für freies Christentum" nahestehenden "Reformer" die traditionalist. "Positiven" oder "Orthodoxen" mit der Behauptung heraus, dass "die wahre Quelle göttl. Erfahrung ... Vernunft, Gewissen und Erfahrung" seien. Unter dem Einfluss von Persönlichkeiten wie Pfarrer Heinrich Tanner und Ständerat Martin Birmann ebte die Auseinandersetzung um eine "Humanitätskirche" nach 1874 ab. Der Konflikt bei den Katholiken als Folge des Unfehlbarkeitsdogmas führte zum Pfarrwahlgesetz von 1871, zur Absetzung des Basler Bf. Eugène Lachat 1873 und zur Konstituierung einer christkath. Gem. (der einzigen im Kt.) in Allschwil 1875.

Den Juden wurde die Niederlassung mit den kant. Gesetzen von 1839 und 1851 verboten und erst 1866, aufgrund der Teilrevision der Bundesverfassung, wieder ermöglicht. Der jüd. Bevölkerungsanteil erreichte 1880 mit 0,4% ein Maximum. Ohne Synagoge verfügten die Juden im Kt. B.-Landschaft über kein religiöses Zentrum.

Noch 1950 machte der Anteil der Protestanten 73,3% der Baselbieter Gläubigen aus. Mit der grossen Zuwanderung in den folgenden 40 Jahren änderten sich die Verhältnisse jedoch: 1990 betrug der prot. Anteil nur noch 51,2%, während der röm.-kath. auf 33,6% angewachsen war. Jener der Christkatholiken sank 1950-90 von 1% auf 0,4%. Die muslim. Bevölkerung (1990 2,8%) ist bezügl. Infrastruktur auf die Stadt B. ausgerichtet. Am markantesten wuchs im letzten Viertel des 20. Jh. der Anteil der Konfessionslosen (1970 1,6%, 1990 9,8%).

Autorin/Autor: Kaspar Birkhäuser

Quellen und Literatur

Archive

- StABL
- KBBL
- AKB

Quellen

- *Amtsbl. für den Kt. B.-Landschaft, 1832-*
- *Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse des Kt. B.-Landschaft, 1838-74*
- *Gesetzesslg. für den Kt. B.-Landschaft, 1879-1979*
- *Stat. Jb. B.-Landschaft, 1964-*
- *Chronolog. Gesetzesslg., 1979-*

Literatur

- Reihen, Bibliografien
- *Basler Bibl., 1919-*

- *Der Rauracher, 1928-49*
 - *BHBI, 1936-*
 - *Jurabl., 1938-97*
 - *BHB, 1942-*, (ab Nr. 15 mit Rauracia-Bibl.)
 - *Qu. und Forsch. zur Gesch. und Landeskunde des Kt. B.-Landschaft, 1952-*
 - *Baselbieter Heimatkunden, 1966-*
 - *Kdm BL 1-, 1969-*
 - *Recht und Politik im Kt. B.-Landschaft, 1981-*
 - *B. in hist. Dok., 5 Bde., 1982-98*
 - *Bibl. zur Gesch. des Laufentals, 1994*
- Darstellungen
 - Werke, die auch die Basler Landschaft vor der Gründung des Kt. B.-Landschaft umfassen, sind in der Regel nur in der Bibl. des alten Kt. B. angeführt.
 - A. Nordmann, «Die Juden im Kt. B.-Landschaft», in *Basler Jb.*, 1914, 180-249
 - K. Weber, «Die Anfänge des Zeitungswesens in B.-Landschaft», in *Basler Jb.*, 1919, 63-90
 - *Beitr. zur Entwicklungsgesch. des Kt. B.-Landschaft, 1964*
 - K. Hintermann, *Zur Kulturgeographie des oberen Baselbietes, 1966*
 - E. Strübin, *Baselbieter Volksleben, 1967*
 - *Fs. des Kant. Landwirtschaftl. Vereins B.-Landschaft und der Kant. Landwirtschaftl. Schule B.-Landschaft, 1968*
 - R. Blum, *Die polit. Beteiligung des Volkes im jungen Kt. B.-Landschaft, 1977*
 - *B. unterwegs, 1982*
 - *B. vor 150 Jahren, Wende und Aufbruch, 1983*
 - K. Birkhäuser, *Der Baselbieter Politiker Stephan Gutzwiller, 1983*
 - *B. bleibt selbständig, 1985*
 - F. Grieder, *Glanz und Niedergang der Baselbieter Heimposamenterei im 19. und 20. Jh., 1985*
 - M. Locher, *Den Verstand von unten wirken lassen, 1985*
 - *150 Jahre Saline Schweizerhalle, 1987*
 - F. Grieder, *Der Baselbieter Bundesrat Emil Frey, 1988*
 - *75 Jahre Politik der Katholiken im Kt. B.-Landschaft, 1989*
 - *Fest und Brauch*, hg. von D. Wunderlin, 1989
 - E. Strübin, *Jahresbrauch im Zeitenlauf, 1991*
 - F. Blumer-Onofri, *Die Elektrifizierung des dörfli. Alltags, 1994*
 - A. Ryter, *Als Weibsbild bevogtet, 1994*
 - *s Baselbiet*, ⁴1996
 - J.-D. Blanc, *Wachstum und Wachstumsbewältigung im Kt. B.-Landschaft, 1996*
 - R. Epple, A. Schnyder, *Wandel und Anpassung, 1996*
 - M. Leuenberger, *Frei und gleich ... und fremd, 1996*
 - *Personenlex. des Kt. B.-Landschaft*, bearb. von K. Birkhäuser, 1997
 - M. Meier, *Die Industrialisierung im Kt. B.-Landschaft, 1820-1940, 1997*
 - R. Epple, *Bewegung im Übergang, 1998*
 - D. Hagmann, *Grenzen der Heimat, 1998*
 - *Staats- und Verwaltungsrecht des Kt. B.-Landschaft*, hg. von K. Jenny et al., 1998
 - R. Brassel-Moser, "Das Schweizerhaus muss sauber sein", 1999
 - S. Rudin-Bühlmann, *Partei Gründungen im Baselbiet zwischen 1905 und 1939, 1999*
 - *Nah dran, weit weg. Gesch. des Kt. B.-Landschaft, 6 Bde., 2001*

Autorin/Autor: Bernard Degen